

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2016 / V 00148	Ausfertigungen: Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt, DEZ1, DEZ2
Dienststelle: Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt Aktenzeichen: BSU hjs	10.05.2016, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): <input type="checkbox"/> BM Krezer _____ <input type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler _____ <input type="checkbox"/> BM Köster _____ <input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister _____	

Betreff: Sicherheitsbericht Friedrichshafen Anlage: -				
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm- Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer: Herr Schraitle, Herr Falk, Polizeipräsident, ca. 45 Min.

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Finanz- und Verwaltungsausschuss	13.06.2016	Kenntnisnahme Bitte die Mitglieder des KSA dazu einladen	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

<u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u>		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Kosten:	<input type="checkbox"/> einmalige Kosten		Betrag: EUR
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten:	Personalkosten	Betrag: EUR
		Sachkosten	Betrag: EUR
Zuschüsse bzw. Beiträge:	<input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)		Betrag: EUR
	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)		Betrag: EUR
MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:			
<input type="checkbox"/> Städt. Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
<input type="checkbox"/> Stiftungs-Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgabereist lfd. Jahr):			EUR
Noch bereitzustellen:			EUR
Deckungsvorschlag:			EUR

Beschlussantrag:

1. Der Finanz- und Verwaltungsausschuss sowie der Kultur- und Sozialausschuss nimmt den Sicherheitsbericht Friedrichshafen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt ein Zuschussprogramm zum Einbruchschutz zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss für Umwelt und Nachhaltigkeit bis Herbst zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Sachverhalt:

Seit dem Jahr 2008 informiert die Polizei und die Stadtverwaltung im Rahmen des Sicherheitsberichts Friedrichshafen den Gemeinderat über die Entwicklungen, Brennpunkte und Handlungsfelder im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Folgende Gliederung und Berichterstattung ist vorgesehen:

1. Kriminalitätsstatistik im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Konstanz, des Bodenseekreises und der Stadt Friedrichshafen (Ekkehard Falk, Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Konstanz). Informationen hierzu werden in der Sitzung präsentiert.
2. Brennpunkte und Projekte/Maßnahmen in Friedrichshafen (Herr Schraitle)

1. Kriminalitätsstatistik Bodenseekreis und Stadt Friedrichshafen

Herr Falk wird die Kriminalitätsstatistik für den Präsidiumsbereich Konstanz, den Bodenseekreis und die Stadt Friedrichshafen präsentieren und eingehend erläutern.

2. Brennpunkte in Friedrichshafen

Nach wie vor bestehen in Friedrichshafen Bereiche, Veranstaltungen und Ereignisse, die unter polizeilicher Betrachtung als problematisch einzustufen sind.

2.1 Bestehende Alkohol- und Glasflaschenverbote im Bereich Musikmuschel, Romanshorner Platz, östliches Ufer und Anton-Sommer-Straße

Betrachtet man die Anzahl erteilter polizeilicher Platzverweise und festgestellter Verstöße gegen die bestehenden Alkoholverbote, so kann man durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Bezogen auf das Jahr 2008, als die Verbote eingeführt wurden, sind die Zahlen extrem zurück gegangen, allerdings im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr teilweise wieder leicht angestiegen. Diese Schwankungen sind auch durch den unterschiedlichen Kontroll- druck zu erklären. Insgesamt ist zu verzeichnen, dass Dank der regelmäßigen Überwachung der Verbote durch die Polizei in den vergangenen Jahren eine wesentliche Entspannung der Situation an den o. g. Örtlichkeiten festgestellt werden. Auch weiterhin gilt es, die Kontrollen und gemeinsamen Bemühungen in diesem Umfang fortzusetzen, so dass hier eine dauerhafte und nachhaltige Entwicklung einsetzt.

2.2 Innerstädtische Treffpunkte

Seit Herbst 2015 ist vermehrt festzustellen, dass sich immer häufiger Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem Umland an zahlreichen Örtlichkeiten im innerstädtischen Bereich (rund um den Kirchplatz, Parkplatz Hinterer Hafen usw.) teilweise sehr lautstark aufhalten. Dabei ist auch zu beobachten, dass die Volljährigen häufig hochprozentigen Alkohol mit sich führen und zu vermuten, dass die Jugendlichen daran ebenfalls teilhaben.

Die Polizei wird diese Entwicklung in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung weiter beobachten und durch Präsenz und die Anordnung polizeilicher Maßnahmen (z.B. Platzverweise) negativen Auswirkungen und Verhaltensweisen konsequent begegnen.

3. Maßnahmen und Projekte

3.1. Aktion „FN-aber sicher“

Aktion „Stressfreies Nightlife, FN aber sicher“, jetzt Aktion Stress frei

Im April 2016 wurde zusammen mit der Städten Ravensburg und Weingarten, dem Polizeipräsidium Konstanz und dem Verein für kommunale Kriminalprävention e. V. die neue Aktion „Stress frei – Sicher und gewaltfrei“ gegründet. Die Städte und derzeit 35 Wirte arbeiten dabei zusammen. Wer künftig in einem der 35 Lokale randaliert, bekommt ein Lokalverbot, das in allen diesen Lokalen gilt.

In Friedrichshafen wurde 2008 bereits die Aktion „Stressfreies Nightlife – FN aber sicher“ ins Leben gerufen. Ravensburg zog im Jahr 2010 mit der Aktion „Ravensburg aber Sicher“ nach. Jetzt gehen die 2 Städte gemeinsam mit der Stadt Weingarten und der Polizei einen Schritt weiter und starten mit der Aktion „Stress frei“ eine gemeinsame Initiative, die auch vom Verein kommunale Kriminalprävention Bodenseekreis unterstützt wird.

Die Verantwortlichen erhoffen sich so mehr Sicherheit und eine abschreckende Wirkung für Gewalttäter sowie ein friedlicheres Nachtleben im gemeinsamen Oberzentrum. Neben dem nachhaltigen präventiven Ansatz der Aktion war es den Beteiligten wichtig, dass die Städte des Oberzentrums ein gemeinsames Zeichen setzen. Selbstverständlich ist die Aktion offen für andere Kommunen und deren Gastronomen.

Aus dem Gebiet der Stadt Friedrichshafen sind folgende Betriebe an der Aktion beteiligt:

1. Club Metropol
2. Cafe im Rathaus
3. Burges Burger
4. Kulturhaus Caserne
5. MC Donalds Friedrichshafen,
6. Burger King Friedrichshafen,
7. Belushi Friedrichshafen
8. Zeppelin-Museums-Restaurant

Derzeit laufen intensive Gespräche über die Teilnahme weiterer Betriebe im Stadtgebiet.

3.2 Jugend und Alkohol

Einlieferungen in das Klinikum FN von betrunkenen Kindern und Jugendlichen :

	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
12 J.	1	0	0	0	1	1	1
13 J.	3	0	2	3	6	6	2
14 J.	4	11	5	8	10	4	11
15 J.	10	15	7	10	8	11	8
16 J.	9	8	12	17	17	12	10
17 J.	2	4	14	18	13	15	12
Insges.	29	38	40	56	55	45	48

Erfreulich ist ein seit 3 Jahren andauernder, mittlerweile deutlich spürbarer, Rückgang der Gesamtzahlen. Insofern ist davon auszugehen, dass die Bemühungen der Veranstalter sowie die zahlreichen Präventivmaßnahmen von Stadt und Polizei der letzten Jahre inzwischen Wirkung zeigen. Unabhängig davon müssen alle Beteiligten auch weiterhin „am Ball“ bleiben, damit die positive Entwicklung fortgesetzt werden kann.

3.4 Weitere Präventionsmaßnahmen

a) Aktion Kurswechsel:

Die Aktion „Kurswechsel“ bei der von Herrn Oberbürgermeister an Eltern von Jugendlichen, die deutlich betrunken von der Polizei aufgegriffen wurde, geschrieben wird, wurde weitergeführt. Die Anzahl aufgegriffener stark betrunkenen Jugendlicher, die uns gemeldet wurden, sind erfreulicherweise rückläufig. Insgesamt wurden 2015 2 Eltern

angeschrieben.

b) Partypässe: (neue Aktion seit 2013)

Da der amtliche Personalausweis aufgrund neuerer Bestimmungen im Personalausweisgesetz von einem Festveranstalter zur Alterskontrolle nicht mehr einbehalten werden darf, wurde der Partypass geschaffen.

Der Partypass gibt den Veranstaltern die Möglichkeit die Jugendschutzbestimmungen einzuhalten, ohne Minderjährige generell von einer Veranstaltung ausschließen zu müssen.

Der Partypass wird vom Jugendlichen im Internet mit seinen persönlichen Daten selbst ausgefüllt und herunter geladen und ausgedruckt (www.partypass.de).

Beim Einlass zu einer Veranstaltung wird anhand des mitgeführten amtlichen Personalausweises das Alters und die Übereinstimmung der persönlichen Daten des Partypassinhabers überprüft. Der Partypass wird anschließend abgegeben und sollte vom Jugendlichen beim Verlassen der Veranstaltung, also spätestens um 24 Uhr, wieder abgeholt werden.

Kreisweit wurde diesbezüglich vereinbart, dass die Eltern mit einem Schreiben der Gemeinde entsprechend benachrichtigt werden, wenn Partypässe nicht abgeholt werden.

In 21 Fällen (2014: 28 Fälle) wurden Eltern von Jugendlichen unter 18 Jahre im Jahr 2015 angeschrieben. Die Jugendlichen, die Veranstaltungen um 24.00 verlassen müssen, haben beim Verlassen den hinterlegten Partypass nicht abgeholt, so dass zu vermuten ist, dass sie die Veranstaltung länger als erlaubt besucht haben. Auf diesen Umstand werden die Eltern durch ein Anschreiben des BSU hingewiesen.

c) Veranstaltung am 14.10. 2015 im GZH

Am 14.10.2015 veranstaltete die Stadt Friedrichshafen in Kooperation mit dem Landratsamt Bodenseekreis, dem Polizeipräsidium Konstanz und dem Verein für kommunale Kriminalprävention e.V. im Graf-Zeppelin-Haus die Veranstaltung „Echt Fett Rausch und Risiko als Thema der Prävention und Gesundheitsförderung mit Jugendlichen“.

Referent war Herr Gerald Koller, Gründer des Forums Lebensqualität der europäischen Gesellschaft für innere Sicherheit.

Der Vortrag richtete sich an Eltern, Pädagogen, Fachleute und alle Interessierten, die Umgang mit Jugendlichen haben. Er sprach über Strategien der Suchtprävention bei Jugendlichen. Neben dem Vortrag baten mehrere Stände im GZH verschiedener Organisationen weitere Informationen zum Thema Sucht und Prävention an. In seinem zweistündigen Vortrag erklärte Herr Koller den Unterschied zwischen Rausch und Sucht, den die Menschen häufig vergessen. Rausch sei per Definition etwas Außeralltägliches, und erst wenn er alltäglich wird, wird er zur Sucht. Koller mahnte, dass man Rausch und Risiko nicht umschiffen darf, sondern den Jugendlichen zeigen muss, wie sie damit umgehen können.

d) Chillout-Zone beim Seehasenfest

Aufgrund des Wegfalls eines Festgartens beim Seehasenfest hat sich die Möglichkeit zur Überplanung eines Areals gegeben. Schon seit Jahren gab es Überlegungen beim BSU eine sog. Chillout-Zone beim Seehasenfest einzurichten, in der Jugendlichen ein Rückzugsbereich geschaffen wird, in dem sie in lockerer und gemütlicher Atmosphäre

„runterkommen“ und „chillen“ können. Nachdem sich nunmehr die Möglichkeit ergeben hat, wurde mit dem BFS Kontakt aufgenommen und dankenswerterweise hat die Molke sich bereit erklärt eine solche Chillout-Zone zu betreiben.

4. Förderprogramm Einbruchschutz

Nachdem das Thema „Wohnungseinbrüche“ schon seit Jahren in den polizeilichen Kriminalitätsstatistiken einen gewichtigen Anteil ausmacht, haben wir uns in enger Kooperation mit dem Polizeipräsidium Konstanz Gedanken darüber gemacht was von städtischer Seite im Rahmen der Prävention unternommen werden kann um die Anzahl der Wohnungseinbrüche in Friedrichshafen zu senken.

Die Stadt Heidelberg hat zu diesem Thema ein sehr interessantes städtisches Förderprogramm unter dem Namen „Heidelberger Schlossprämie“ aufgelegt. Gefördert werden dort bauliche Maßnahmen zum Einbruchschutz.

Da die Stadt Friedrichshafen im Rahmen ihres Energie- und Klimaschutzförderprogramms unter anderem den Einbau wärmeisolierter Fenster fördert würde es sich nach Ansicht der Verwaltung anbieten, dieses bestehende Förderprogramm um Elemente des Einbruchschutzes fortzuschreiben. Dabei könnten dann künftig z.B. der Einbau einbruchhemmender Türen und Fenster in die Förderung mit aufgenommen werden. Dies wäre nach Ansicht der Verwaltung eine wirksame Maßnahme gegen Wohnungseinbrüche bei der die Verwaltung nicht nur rein informatorische Aktionen zum Einbruchschutz sondern auch durch eine finanzielle Förderung von baulichen Maßnahmen ein deutliches und nachhaltiges Zeichen zum Einbruchschutz setzen kann. Die Verwaltung schlägt daher vor, dass dem zuständige Ausschuss für Umwelt und Nachhaltigkeit im Herbst ein entsprechendes Förderprogramm zur Beschlussfassung vorgelegt wird, der unter Berücksichtigung bestehender staatlicher Förderungen ein auf die Stadt zugeschnittenen Förderrahmen bildet. Die Förderrichtlinien würden in enger Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Konstanz erarbeitet werden.